

Vertragsentwurf

Zwischen der
Stiftung Topographie des Terrors
- vertreten durch den Vorstand -
Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin
- *Auftraggeberin* -

und

N.N.

- *Auftragnehmer* -

wird folgender Vertrag geschlossen:

Leistungen für den **Besucherservice**

Los 2: Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit

§ 1 Vertragsgegenstand.....	3
§ 2 Vertragsbestandteile.....	3
§ 3 Vertragsdauer	3
§ 4 Pflichten des Auftragnehmers	3
§ 5 Änderung des Leistungsumfanges	5
§ 6 Objektleitung.....	5
§ 7 Pflichten der Auftraggeberin.....	5
§ 8 Vergütung, Abrechnung	6
§ 9 Anpassung der Vergütung	6
§ 10 Haftung, Versicherung.....	7
§ 11 Schlüsselregelung	7
§ 12 Geheimhaltung	7
§ 13 Datenschutz	8
§ 14 Kündigung	9
§ 15 Überleitung nach Vertragsbeendigung.....	10
§ 16 Ersatzvornahme	10
§ 17 Schriftform	10
§ 18 Schlussbestimmungen	10

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftragnehmer übernimmt die Durchführung von Dienstleistungen des Besucherservice im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Britzer Str. 5, 12439 Berlin.
- (2) Art und Umfang der Leistung ergeben sich aus diesem Vertrag, der Leistungsbeschreibung (Anlage TDT-BS-2026 Los 2 SW Leistungsbeschreibung), dem Angebot des Auftragnehmers und den übrigen Anlagen zum Vertrag.

§ 2 Vertragsbestandteile

Die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien ergeben sich aus den folgenden Vertragsbestandteilen:

- diesem Vertrag,
 - der Leistungsbeschreibung zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung
 - dem Angebot des Auftragnehmers und
 - dem Preisblatt (TDT-BS-2026 Los 2 SW SVS Preisblatt)
 - den angebotenen Leistungen im Rahmen der Qualitätssicherung (TDT-BS-2026 Los 2 SW Unternehmensfragebogen Zuschlagskriterien)
 - den weiteren Verdingungsunterlagen
 - etwaigen Bieterfragen und deren Beantwortung im Vergabeverfahren durch die Auftraggeberin zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung
 - der gemeinsamen Dienstanweisung
 - der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) in der zum Zuschlagszeitpunkt gültigen Fassung.
- (2) Weiterhin sind Vertragsbestandteil alle dem Vertragszweck dienenden und ihn unterstützenden jeweils geltenden gesetzlichen und behördlichen Vorschriften und Bestimmungen sowie Normen und Richtlinien. Der Auftragnehmer hat sie laufend zu identifizieren und anzuwenden.
 - (3) Die Vertragsbestandteile gelten bei inhaltlichen Widersprüchen in vorgenannter Reihenfolge nach Abs. 1.

§ 3 Vertragsdauer

- (1) Dieser Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft.
- (2) Der Leistungsbeginn ist der 1. Oktober 2026.
- (3) Dieser Vertrag endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, mit Ablauf des 30. September 2029.
- (4) Die Auftraggeberin hat das Recht, den Vertrag zweimal um ein weiteres Jahr einseitig zu verlängern, sofern die Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit, d.h. bis zum Ablauf des 30. Juni eines Jahres, in Textform gegenüber dem Auftragnehmer erklärt wird. Der Vertrag endet in jedem Fall spätestens zum 30. September 2031.
- (5) Die Probezeit beträgt sechs Monate. Innerhalb dieser Zeit kann jede Vertragspartei mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende in Textform kündigen; es gilt § 14.

§ 4 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer erbringt die Dienstleistung mittels seiner Erfüllungsgehilfen in eigener Verantwortung und nach eigener Organisation. Der Auftragnehmer ist zur Erfüllung aller gesetzlichen, behördlichen, sozialrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinen Mitarbeitern allein verantwortlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die auf Grund dieses Vertrages zu erbringenden Leistungen immer fachgerecht, termingerecht und vollständig auszuführen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mit höchstmöglicher personeller Kontinuität fachlich qualifizierte und erfahrene Personen für die Durchführung der Leistungen einzusetzen.

- (3) Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin einen Dienstplan zu übergeben, der in Übereinstimmung mit den Angaben der Leistungsbeschreibung festlegt, an welchen Tagen, wo und mit wie vielen Mitarbeitern die einzelnen Leistungen erbracht werden.
- (4) Die Auftraggeberin wird Wünsche bzgl. der zu erbringenden Dienstleistung ausschließlich dem vom Auftragnehmer benannten verantwortlichen Ansprechpartner übermitteln und den übrigen vom Auftragnehmer eingesetzten Personen keine Weisungen erteilen. Die vom Auftragnehmer eingesetzten Personen treten in kein Arbeitsverhältnis zur Auftraggeberin, auch soweit sie Leistungen in deren Räumen erbringen.
- (5) Das für die Leistung vorgesehene Personal muss der Auftraggeberin spätestens 14 Tage vor der geplanten Arbeitsaufnahme namentlich angekündigt und vor Aufnahme der Arbeit persönlich vorgestellt werden.
- (6) Der Auftragnehmer hat bezüglich der von ihm zur Vertragserfüllung eingesetzten Arbeitskräfte insbesondere folgende Pflichten:
 - Der Auftragnehmer setzt nur bei ihm angestelltes Personal ein, das geeignet und zuverlässig ist.
 - Setzt der Auftragnehmer Personal mit der Staatsangehörigkeit eines Landes ein, welches nicht Mitglied der Europäischen Union ist, muss er sicherstellen, dass die Arbeitskräfte im Besitz einer gültigen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sind.
 - Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass die von ihm eingesetzten Arbeitskräfte, die sozialversicherungspflichtig sind, über entsprechende Nachweise verfügen und diese bei sich führen.
 - Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die auf der Liegenschaft der Auftraggeberin tätigen Arbeitskräfte die ordnungsrechtliche Meldepflicht erfüllen.
 - Der Auftragnehmer setzt nur Personal ein, dessen polizeiliches Führungszeugnis ohne Eintragung ist.
- (7) Hat die Auftraggeberin Bedenken gegen den Einsatz einer Kraft, so kann diese ohne Angabe von Gründen verlangen, dass diese in der o. g. Liegenschaft nicht eingesetzt wird. Dies gilt auch während des laufenden Betriebes.
- (8) Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, dass Schichtzeiten grundsätzlich zehn Stunden nicht überschreiten. Ausnahmen sind unter Berücksichtigung der Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes zulässig und bedürfen der schriftlichen Genehmigung der Auftraggeberin.
- (9) Bei Ausfällen des eingesetzten Personals infolge Krankheit, Urlaub etc. oder lehnt die Auftraggeberin dessen weiteren Einsatz ab, hat der Auftragnehmer geeignetes Ersatzpersonal zu stellen. Dieses Ersatzpersonal hat die in diesem Vertrag festgelegten Bedingungen zu erfüllen, ohne dass der Auftraggeberin dadurch Mehrkosten entstehen. Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin den Ausfall des Personals sowie Personenaustausch unverzüglich mitzuteilen.
- (10) Anhaltspunkte vorbereiteter Streikmaßnahmen oder ein bevorstehender Streik des Personals sind der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen, damit der Besucherservice der Auftraggeberin durch andere Maßnahmen ohne Unterbrechung gewährleistet werden kann.
- (11) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das eingesetzte Personal auf die ordnungsgemäße Dienstausübung in unregelmäßigen Abständen zu überprüfen. Diese Überprüfung ist zu dokumentieren. Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, ebenfalls unangekündigt das eingesetzte Personal zu überprüfen.
- (12) Der Auftragnehmer stattet das Personal auf eigene Kosten mit einheitlicher Dienstkleidung in ausreichender Menge gem. Leistungsbeschreibung aus. Die Dienstkleidung muss jederzeit korrekt sein und den Erfordernissen der Aufgabenerfüllung (u.a. Erkennbarkeit als Servicekraft) und der Jahreszeit entsprechen. Tattoos und Piercings sind so abzudecken, dass sie nicht sichtbar sind.
- (13) Die vom Auftragnehmer eingesetzten Kräfte sind durch fachlich geschultes Personal des Auftragnehmers einzuweisen. Ferner ist eine regelmäßige Unterweisung des eingesetzten Personals nach den Vorgaben der Auftraggeberin durchzuführen. Die Vorgaben zur Unterweisung

sind durch den Auftragnehmer vorzubereiten, mit der Auftraggeberin abzustimmen und gemeinsam für verbindlich zu erklären.

- (14) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Durchführung aller Arbeiten zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistungspflichten die geltenden Unfallverhütungsvorschriften, andere Arbeitsschutzvorschriften sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln uneingeschränkt einzuhalten.
- (15) Die Arbeitskräfte des Auftragnehmers sind verpflichtet, Gegenstände und Fundsachen, die sie in den Räumen bzw. auf dem Grundstück der Auftraggeberin finden, unverzüglich bei der Auftraggeberin abzugeben.
- (16) Die Auftraggeberin behält sich vor, die Auszahlungen der Löhne an die eingesetzten Mitarbeiter durch Einsichtnahme in die Lohnabrechnungen bzw. durch Befragung der Mitarbeiter zu überprüfen. Der Auftragnehmer wird der Auftraggeberin zu diesem Zweck die Lohnabrechnungen vorlegen und Befragungen der Mitarbeiter gestatten.
- (17) Der Auftragnehmer verpflichtet sich mindestens den jeweils geltenden gesetzlichen Mindestlohn gemäß Mindestlohngesetz (MiLoG) einzuhalten. Ferner verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Einhaltung der Vorgaben des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) einschließlich der Nachunternehmerpflichten sowie zur Vorlage geeigneter Nachweise hierüber auf Verlangen der Auftraggeberin.

§ 5 Änderung des Leistungsumfanges

- (1) Die Auftraggeberin ist berechtigt, während der Vertragsdauer bei Bedarf eine Erhöhung bzw. Verringerung der Anzahl des Servicepersonals vom Auftragnehmer zu fordern und die in der Leistungsbeschreibung angegebenen Dienstzeiten zu erweitern bzw. zu verringern. Macht die Auftraggeberin von diesem Recht Gebrauch, so informiert sie unverzüglich schriftlich den Auftragnehmer hierüber.
- (2) Die Abrufe von weiteren Leistungszeiten und/oder weiteren Arbeitskräften kann auch nur stundenweise erfolgen. Eine Mindestabnahmezeit besteht nicht.
- (3) Die Vergütung des Auftragnehmers erfolgt über den angebotenen Stundensatz für die Servicekräfte.

§ 6 Objektleitung

- (1) Der Auftragnehmer überträgt einer fachkundigen Arbeitskraft (Objektleitung) die ständige Aufsicht und Kontrolle über das von ihm eingesetzte Personal.
- (2) Es ist eine Vertretung zu stellen, die die Objektleitung bei ihrer Verhinderung gleichwertig ersetzt.
- (3) Die Objektleitung muss über sehr gute Deutschkenntnisse zu verfügen und mit der Liegenschaft vertraut sein.
- (4) Die Objektleitung ist zentrale Ansprechperson für die Auftraggeberin in allen inhaltlichen Belangen. Sie ist auch für Anweisungen und Durchsetzung von Änderungen zuständig. Auf Anforderung der Auftraggeberin muss sie persönlich zur Verfügung stehen.
- (5) Die Leistungen der Objektleitung werden nicht gesondert vergütet, sondern sind mit den Pauschalen abgegolten.

§ 7 Pflichten der Auftraggeberin

- (1) Die Auftraggeberin wird dem Auftragnehmer im notwendigen und möglichen Umfang bei der Leistungserbringung unterstützen.
- (2) Die Auftraggeberin stellt dem Auftragnehmer den für den Aufenthalt der Servicekräfte notwendigen Raum sowie die erforderlichen Sanitäreinrichtungen unentgeltlich zur Verfügung.
- (3) Die Auftraggeberin stellt dem Auftragnehmer die für die Ausführung der Dienstleistungen notwendige allgemeine Büroeinrichtung zur Verfügung.

- (4) Die Auftraggeberin benennt einen ständigen Ansprechpartner. Der Ansprechpartner hält während der Vertragslaufzeit regelmäßig Kontakt zum Auftragnehmer, überprüft die vorliegenden Arbeitsergebnisse und gibt ggf. Empfehlungen für die weitere Leistungserbringung.

§ 8 Vergütung, Abrechnung

- (1) Die vereinbarte Vergütung gilt als Festpreis im Sinne der Verordnung PR 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 23.12.1953 (GVBL S. 1511) in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Für die vereinbarte Leistung wird die im Angebot des Auftragnehmers angebotene Vergütung unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer geltenden Umsatzsteuersatzes vereinbart.
- (3) Der Auftragnehmer erstellt die Rechnungen für die erbrachten Leistungen jeweils nach Ablauf eines Monats und adressiert sie an das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Britzer Straße 5, 12439 Berlin. Die elektronische Rechnung (XRechnung) muss über die OZG-konforme Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter Angabe der Leitweg-ID 11-2000010000-90 eingereicht werden.
- (4) Erbrachte Leistungen sind ausschließlich tatsächlich erbrachte und ordnungsgemäß abgenommene Leistungen.
- (5) Die Leistungen gelten als abgenommen, wenn die Auftraggeberin nicht innerhalb von 30 Werktagen nach Zugang einer beleghaften Rechnung begründete Einwände erhebt.
- (6) Das monatliche Entgelt errechnet sich aus der Summe der monatlich erbrachten Stunden und dem im Preisblatt angegebenen Stundenverrechnungssatz. Zum Nachweis erstellt der Auftragnehmer monatlich nachträglich eine Liste mit den arbeitstäglich erbrachten Arbeitsstunden je Mitarbeiter, die mit der jeweiligen Rechnung eingereicht wird.
- (7) Mit dieser Vergütung sind alle vereinbarten Leistungen abgegolten. Das bezieht sich auf alle Leistungen gem. Leistungsbeschreibung und angebotener Qualitätssicherungsmaßnahmen.
- (8) Für die Pausenzeiten der Einsatzkräfte besteht kein Entgeltanspruch. Dies gilt insbesondere auch für Kurzpausen und unabhängig davon, ob diese durch den Auftragnehmer gegenüber ihren Mitarbeitern vergütet werden.
- (9) Bei Zahlungen innerhalb von 14 Tagen wird ein Skonto von 2 v. H. des Rechnungsbetrages gem. der Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) abgezogen. Skontofristen beginnen mit dem Tage des Eingangs der Rechnung bei der Auftraggeberin.
- (10) Zahlungen werden nach Erfüllung der Lieferung oder Leistung bargeldlos auf das vom Auftragnehmer anzugebende Konto vorgenommen. Abschlagszahlungen oder Vorauszahlungen werden nur geleistet, wenn sie vereinbart worden sind.
- (11) Für die Versteuerung der Vergütung sowie für sonstige Abgaben und Nebenkosten ist der Auftragnehmer ausschließlich selbst verantwortlich. Diesbezügliche Nachforderungen jedweder Art seitens des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

§ 9 Anpassung der Vergütung

- (1) Die Vergütung kann frühestens nach einem Jahr ab Leistungsbeginn und nur mit Zustimmung der Auftraggeberin erhöht oder ermäßigt werden, wenn
 1. der Abschluss neuer Lohn- und Rahmentarifverträge, die für den Auftragnehmer gelten, dies erforderlich machen sollte,
 2. durch Rechtsvorschriften Änderungen der Sozialleistungen bestimmt werden.
- (2) Bei Abschluss eines bundesweiten Tarifvertrages, der für allgemeinverbindlich erklärt wurde oder für den eine Rechtsverordnung nach § 7 AEntG vom 20.04.2009 vorliegt und der für den Auftragnehmer gilt, wird die Vergütung mit dem 1. des Folgemonats wirksam, in dem das Anpassungsbegehren der Auftraggeberin zugegangen ist. Für den Antrag des Auftragnehmers ist das Datum des Eingangs bei der Auftraggeberin maßgeblich. Es erfolgt keine nachträgliche Anpassung.

- (3) Vergleichbares gilt für den Fall, dass eine Erhöhung des Mindestlohnes nach dem Mindestlohngesetz stattfindet, soweit diese Maßnahme zu einer unmittelbaren Erhöhung der Kosten des eingesetzten Personals führt.
- (4) Die Änderung der Vergütung bedarf grundsätzlich der schriftlichen Vereinbarung.

§ 10 Haftung, Versicherung

- (1) Der Auftragnehmer haftet für Schäden, die der Auftraggeberin durch schuldhafte Verletzung der vertraglichen Pflichten entstehen.
- (2) Die Auftraggeberin darf auf Grund dieses Vertrages Dritten gegenüber nicht verpflichtet werden.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Auftraggeberin von etwaigen Schadensersatzansprüchen aller Art, die Dritte im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung geltend machen, freizustellen.
- (4) Die Auftraggeberin haftet nicht für Diebstahl und sonstige Schäden hinsichtlich der Räume, welche dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt werden.
- (5) Vom Auftragnehmer ist der Abschluss einer Versicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen für alle Schadensfälle nachzuweisen:
 - a) für Personenschäden 3.000.000,00 €
 - b) für Sachschäden 3.000.000,00 €
 - c) für das Abhandenkommen übergebener Sachen 50.000,00 €
 - d) für Vermögensschäden 250.000,00 €
- (6) Nach Auftragserteilung ist eine Bestätigung des Versicherers über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung vorzulegen.

§ 11 Schlüsselregelung

- (1) Die Auftraggeberin stellt dem Auftragnehmer für die Dauer der Laufzeit des Vertrages die für die Ausführung der vertraglichen Leistungen notwendigen Schlüssel unentgeltlich zur Verfügung.
- (2) Muss ein solcher Schlüssel im Besitz der Servicemitarbeiter wegen Beschädigung oder Verlustes ersetzt werden, so trägt der Auftragnehmer die Kosten für den/die Ersatzschlüssel. Die Auftraggeberin beschafft die Ersatzschlüssel.
- (3) Bei Verlust eines Schlüsselkreis- oder Generalschlüssels trägt der Auftragnehmer die Kosten für den Ersatz der Schlüssel und Schlösser. Die Auftraggeberin beschafft die Schlösser. Die Haftung richtet sich nach § 10 Abs. 5 lit. c.

§ 12 Geheimhaltung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Inhalt dieses Vertrages Dritten nur insoweit und nur dann mitzuteilen, als dies zur Vertragserfüllung notwendig ist.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, über alle im Zusammenhang mit diesem Vertrag ihm zur Kenntnis gelangten dienstlichen Angelegenheiten der Auftraggeberin gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren. Die Verpflichtung gilt auch über das Ende des Vertragsverhältnisses hinaus.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet die Mitarbeiter während des Auftrags und auch nach Beendigung des Auftrags keinen Einblick in die Akten und Schriftstücke zu nehmen, weder Schreibtische, Schränke noch andere Einrichtungsgegenstände zu öffnen oder die ggf. offen auf den Schreibtischen oder Ablagen, bzw. in den Schränken liegenden Schriftstücke einzusehen. Von dienstlichen Dokumenten, die zugänglich sind bzw. dem Auftragnehmer bzw. seinen Erfüllungsgehilfen im Rahmen der Vertragserfüllung zugänglich gemacht werden, dürfen ohne vorherige Zustimmung der Auftraggeberin keine Abschriften, Ablichtungen oder andere Vervielfältigungen gefertigt werden. Vorbezeichnete Unterlagen einschließlich eventuell gefertigter Vervielfältigungen sichert der Auftragnehmer gegen Kenntnisnahme durch Unbefugte. Mit

Beendigung des Vertragsverhältnisses ist der Auftragnehmer zur Rückgabe der vorgenannten Unterlagen an die Auftraggeberin verpflichtet.

§ 13 Datenschutz

- (1) Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin zu den üblichen Geschäftszeiten auf Anfrage Einsicht in sämtliche im Zusammenhang mit seinen Leistungen stehenden Verträgen, Rechnungen, Einsatzpläne (Anwesenheit/Zeiterfassung) und sonstige zur Nachvollziehbarkeit der Kosten erforderlichen Unterlagen zu gewähren, soweit nicht gesetzliche Geheimhaltungspflichten bestehen. Der Auftragnehmer hat beim Abschluss von Verträgen mit Dritten die Zulässigkeit der Einsichtnahme durch die Auftraggeberin zu vereinbaren.
Der Auftragnehmer weist der Auftraggeberin auf Verlangen die gemäß Art. 32 DS-GVO getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM) nach. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine technischen und organisatorischen Maßnahmen mindestens jährlich auf Aktualität zu prüfen und diese Anpassungen zu dokumentieren. Änderungen der technischen und organisatorischen Maßnahmen sind der Auftraggeberin unaufgefordert in Textform anzuzeigen. Auf Anforderung ermöglicht der Auftragnehmer Audit-Termine mit angemessenem Vorlauf und stellt hierfür eine aktuelle TOM-Übersicht (inkl. Änderungsstand) zur Verfügung.
- (2) Personenbezogene Daten sind – wo möglich – vor Einsichtnahmen zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche ihm im Rahmen der Auftragserfüllung zugänglichen Daten der Auftraggeberin vertraulich zu behandeln und Dritten gegenüber zu verschweigen. Die Mitarbeiter des Auftragnehmers, die von ihm in die Erfüllung eingeschalteten Dritten sowie deren Mitarbeiter sind hierüber zu belehren und angemessen zu verpflichten (Art. 28 Abs. 3, S. 2 lit. b, Art. 32 DS-GVO). Hierüber ist ein Nachweis zu erbringen.
- (4) Der Auftragnehmer und die Auftraggeberin handeln im Regelfall jeweils als eigene Verantwortliche i. S. d. Art. 4 Nr. 7 DS-GVO. Sofern ausnahmsweise eine Verarbeitung personenbezogener Daten „im Auftrag“ der Auftraggeberin erforderlich wird, schließen die Parteien vorab eine den Anforderungen des Art. 28 DS-GVO entsprechende Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV).
- (5) Der Auftragnehmer benennt der Auftraggeberin einen Datenschutzbeauftragten, sofern er gesetzlich zur Bestellung eines solchen verpflichtet ist. Andernfalls ist ein verantwortlicher Ansprechpartner für Datenschutzfragen zu benennen.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm durch seine Tätigkeit im Rahmen der Vertragsdurchführung bekannt gewordenen Vorgänge, Unterlagen, Gespräche und Daten nur zur Durchführung der vertraglichen Leistungen zu verwenden und nicht an Dritte weiterzugeben.
- (7) Der Auftragnehmer wird personenbezogene Daten der Auftraggeberin und seiner Mieter, die dem Bundesdatenschutzgesetz unterliegen, vor Missbrauch schützen. Im Einzelnen verpflichtet sich der Auftragnehmer,
- (8) geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen, um einen Datenmissbrauch auszuschließen,
- (9) die Daten nicht für eigene Zwecke oder für Zwecke unbefugter Dritter zu nutzen, in Schadensfällen sowie in Zweifelsfällen die Auftraggeberin unverzüglich zu verständigen und dessen Entscheidung einzuholen.
- (10) Die vorstehenden Regelungen gelten für die dem Auftragnehmer bekannt gewordenen Daten von juristischen Personen entsprechend.
- (11) Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin von sämtlichen gegen ihn gerichteten Schadenersatzforderungen frei, soweit diese in der Verletzung von Datenschutzbestimmungen durch den Auftragnehmer, seine Mitarbeiter oder zur Leistungserbringung eingeschaltete Dritte begründet sind.

- (12) Der Auftragnehmer meldet der Auftraggeberin unverzüglich, jedenfalls ohne schuldhaftes Zögern, Datenschutzverletzungen, die die Auftraggeberin oder deren Beschäftigte/Besucher betreffen (Art. 33 DS-GVO). Er ergreift geeignete technische und organisatorische Maßnahmen nach Art. 32 DS-GVO und weist diese auf Verlangen nach.
- (13) Diese Verpflichtungen gelten nach Vertragsende fort. Sie gelten entsprechend auch für die Auftraggeberin.

§ 14 Kündigung

- (1) In der Probezeit kann die Auftraggeberin mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen den Auftrag jederzeit ohne Angabe von Gründen schriftlich kündigen. Hieraus entstehende Schäden und Kosten des Auftragnehmers, insbesondere entgangenem Gewinn, ersetzt die Auftraggeberin nicht.
- (2) Nach Ablauf der Probezeit und in dem jeweiligen Verlängerungszeitraum kann das Vertragsverhältnis durch die Auftraggeberin mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende und durch den Auftragnehmer mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende gekündigt werden.
- (3) Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund durch eingeschriebenen Brief fristlos zu kündigen, insbesondere, wenn
 - a) der Auftragnehmer wiederholt oder trotz Abmahnung andauernd vertragliche Pflichten verletzt,
 - b) der Auftragnehmer unzutreffende Erklärungen in Bezug auf Zuverlässigkeit sowie Fachkunde und Leistungsfähigkeit gemacht hat,
 - c) wenn sich der Auftragnehmer an wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen beteiligt hat (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen),
 - d) wenn der Auftragnehmer die Arbeitsschutzbestimmungen oder Unterweisungen der Auftraggeberin nicht anwendet und/oder gegen Bestimmungen des Ausländerrechtes verstößt oder steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Pflichten nicht erfüllt,
 - e) der Auftragnehmer die Überprüfung des Personals durch die Auftraggeberin verweigert,
 - f) der Auftragnehmer Leistungen auf Grund einer Haftpflicht verweigert,
 - g) über das Vermögen des Auftragnehmers ein Insolvenzverfahren eingeleitet ist, ein entsprechender Eröffnungsantrag gestellt ist oder die Voraussetzungen dafür vorliegen,
 - h) der Auftragnehmer ungeeignetes oder sicherheitsmäßig nicht bzw. nicht in der vorgeschriebenen Weise überprüfbares Personal einsetzt,
 - i) sich für die Auftraggeberin der begründete Verdacht ergibt, dass der Auftragnehmer oder ein Erfüllungsgehilfe des Auftragnehmers oder ein vom Auftragnehmer oder dessen Erfüllungsgehilfen betrauter Mitarbeiter mit Vereinigungen, Organisationen oder sonstigen Zusammenschlüssen in Verbindung steht, die Ziele oder Mittel verfolgen bzw. einsetzen, die strafbare oder verfassungswidrige Handlungen oder eine Verletzung der Rechte oder Interessen der Auftraggeberin darstellen oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit erwarten lassen und deshalb der Auftraggeberin ein weiteres Festhalten am Vertrag nicht zugemutet werden kann,
 - j) für die Auftraggeberin die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aus einem in der Person des Auftragnehmers liegenden Grund unzumutbar wird,
 - l) zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vorlag.

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer gegen Verpflichtungen aus § 4 Abs. 17 (Tariftreue, Mindestentgelt, MiLoG, AEntG) verstößt.
- (4) Vor Ausspruch einer fristlosen Kündigung ist dem Auftragnehmer Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit nicht besondere Eilbedürftigkeit entgegensteht.

- (5) Der Auftragnehmer ersetzt der Auftraggeberin alle Schäden, die durch eine berechtigte fristlose Kündigung entstehen. Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers wegen fristloser Kündigung sind ausgeschlossen. Die Geltendmachung weiterer Ansprüche der Auftraggeberin bleibt unberührt.
- (6) Vor Ausübung eines Kündigungsrechts ist die Kündigung unter Angabe des Kündigungsgrundes schriftlich anzudrohen und eine angemessene Frist zur Abhilfe zu setzen, sofern die Fristsetzung nicht ausnahmsweise entbehrlich ist (insbesondere bei endgültiger Leistungsverweigerung, Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit).
- (7) Das gesetzliche Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (8) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 15 Überleitung nach Vertragsbeendigung

- (1) Mit Beendigung des Vertrages – unabhängig vom Rechtsgrund – hat der Auftragnehmer sämtliche ihm überlassenen oder von ihm im Rahmen des Vertrages erstellten Gegenstände, Räumlichkeiten (geräumt und besenrein), Unterlagen, Dokumente und sonstigen Informationen vollständig und unverzüglich an die Auftraggeberin herauszugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht, es sei denn, dem Auftragnehmer stehen insoweit unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Ansprüche zu.
- (2) Sämtliche von der Auftraggeberin erteilten Vollmachten erlöschen automatisch mit Vertragsende.
- (3) Der Auftragnehmer wirkt auch nach Vertragsende unentgeltlich bei der Erledigung von Vorgängen mit, die ihre Ursache in der Vertragsdurchführung haben.
- (4) Sämtliche das Objekt betreffenden Daten, Informationen und Unterlagen verbleiben im Eigentum der Auftraggeberin. Die Regelungen zu Nutzungsrechten, Geheimhaltung und Datenschutz gelten über das Vertragsende hinaus fort.

§ 16 Ersatzvornahme

Die Auftraggeberin ist für den Fall nicht rechtzeitiger und nicht sachgemäßer oder aus einem anderen Grund erfolgter unzureichender Leistung des Auftragnehmers vorbehaltlich der fristlosen Kündigung nach einmaliger Aufforderung zur Nachbesserung berechtigt:

- a) die Erfüllung des Vertrages auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers durch einen Dritten bzw. durch Personal der Auftraggeberin sicherzustellen,
- b) einen der Minderleistung entsprechenden Abzug von der Vergütung vorzunehmen.

§ 17 Schriftform

- (1) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- (2) Änderungen und Ergänzungen des Vertrages sowie alle einseitigen Erklärungen zur Ausübung von vertraglichen Rechten (z. B. Kündigung, Verlängerungsoptionen) bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform (z. B. E-Mail, Telefax), sofern in diesem Vertrag oder durch zwingendes Gesetz nicht ausdrücklich die Schriftform (eigenhändige Unterschrift) vorgeschrieben ist.
- (3) Das Vorstehende gilt auch für die Aufhebung dieses Formerfordernisses selbst.

§ 18 Schlussbestimmungen

- (1) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Berlin. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstandsvereinbarungen gelten nur, soweit gesetzlich zulässig (§ 38 ZPO).
- (2) Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung. Dies gilt auch dann, wenn die Auftraggeberin den Leistungen des Auftragnehmers nicht ausdrücklich widerspricht oder Leistungen in Kenntnis entgegenstehender Bedingungen annimmt.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit

des Vertrages im Übrigen unberührt. Dies gilt entsprechend, wenn der Vertrag eine Regelungslücke enthält.

An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben.

Stiftung
Topographie des Terrors

Für den Auftragnehmer

Berlin, den TT.MM.JJJJ

Ort, den TT.MM.JJJJ

Vorstand
